

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Nordkoreas schädliche Außenpolitik einhegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Bundestag stellt fest:

Am 02. April 2024 testete Nordkorea seine Hwasong-16B-Rakete mitsamt "hypersonic glide vehicle". Damit gelang dem Regime um den Diktator Kim Jong-un nun schon zum zweiten Mal der Start einer Hyperschallwaffe. Am 19. April 2024 führte das Regime einen Sprengkopftest für Marschflugkörper und den Start einer Flugabwehrrakete durch. Eine spürbare Reaktion der internationalen Gemeinschaft blieb aus.

Dabei bedroht das Regime von Kim Jong-Un schon seit Jahren die Sicherheit in Ostasien durch seine unverhohlenen Kriegsdrohungen gegen unsere strategischen Partner Südkorea und Japan. Die in ihrer Häufigkeit und Reichweite zunehmenden Raketenstarts verstoßen ebenso wie die Nukleartests des Regimes nicht nur gegen VN-Resolutionen, sondern bedrohen die Sicherheit von Millionen Menschen. Das alles geschieht vor dem Hintergrund einer stalinistischen Diktatur, die kein anderes Ziel kennt als das eigene Überleben und für die der Schutz oder die Bewahrung der eigenen Bevölkerung keine nennenswerte Größe ist.

Dabei ist das nordkoreanische Militär und sein Raketen- und Nuklearprogramm trotz der bitteren Armut im Land keine reine innenpolitische Bedürfnisbefriedigung über Paraden und Aufmärsche, sondern eine erstzunehmende Bedrohung. Nordkorea gibt 35-40% seines BIP für seine Armee aus. Dazu kommt der interne Überwachungsapparat, mithin die einzige Branche des Landes, die von der Digitalisierung erfasst wurde.

Südkorea und Japan sehen sich trotz zahlreicher internationaler Partnerschaften weiterhin dem Problem der nordkoreanischen Aggression gegenübergestellt. Der Beitritt Deutschlands zum United Nations Command (UNC) in diesem Jahr ist gewiss von symbolischer Bedeutung, jedoch bei weitem nicht ausreichend, um wirksame Schritte hin zu einer Einhegung der nordkoreanischen Aggression zu gewährleisten.

Des Weiteren sind zahlreiche Sanktionsregime in Kraft, diese wurden jedoch teils seit vielen Jahren nicht aktualisiert und auf Umgehungsbemühungen hin angepasst. Insbesondere bei der Devisenbeschaffung aus dem Ausland bewies das Regime eine hohe Flexibilität und ist mittlerweile durch seine kriminellen Hackergruppen einer der weltweiten Haupttäter bei Ransomware, im Ergebnis üben die veralteten Sanktionen kaum mehr politischen Druck aus. Dabei zeigt spätestens die iranische Attacke auf Israel: Ballistische Raketen, geschweige denn Nuklearwaffen, dürfen nicht in den Händen von menschenverachtenden Regimen bleiben; Ignorieren und Aussitzen sind keine Optionen.

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine nimmt die Rolle Nordkoreas eine neue und zunehmend sichtbare globale Rolle ein: als Waffenschieber und Söldner-Agentur für Putins Regime. Nordkorea hat mindestens drei Millionen Artilleriegranaten zum russischen Angriffskrieg beigetragen und wird mit der Entsendung von Soldaten nunmehr zur aktiven Kriegspartei gegen Europa. Gleichzeitig kam es 2022 zum ersten Veto Russlands und Chinas gegen eine US-Resolution zur Sanktionierung des Regimes in Pjöngjang. Anlass war der Test ballistischer Raketen. Seitdem kann der Diktator Kim Jong-un sich sicher sein, dass die VN als Quelle für politischen Druck ausfallen, noch dazu kam die Nichtverlängerung des Mandats des "Panel of Experts established under UN Security Council Resolution 1874" (PoE) Anfang dieses Jahres, da Russland eine Verlängerung aktiv blockiert hat. Damit sind die Nordkorea-Sanktionen der VN nur noch formell in Kraft und eine globale Nachverfolgung ihrer Einhaltung unmöglich.

Wie notwendig die Arbeit des PoE nach wie vor wäre, zeigt der Abschlussbericht vom 07. März 2024 (S/2024/215). Die Benzineinfuhren wurden um das Zwei- bis Dreifache der Sanktionslimits überschritten, die Einnahmen des Regimes aus Cyberkriminalität beliefen sich in den letzten sechs Jahren auf ca. drei Milliarden USD. Dazu kamen allein 2023 um die 750 Millionen USD aus Diebstählen von Kryptowährung. Insbesondere kommt der Endreport zum Schluss, dass erst durch diese Einnahmen das Waffenprogramm des Regimes überhaupt möglich ist. Und er führt Sanktionsverstöße von Russland und China auf, die nach dem Ablauf des Mandats des PoE nun noch hemmungsloser von Statten gehen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf:

1. dem bestehenden VN-Sanktionsregime trotz Russlands und Chinas entgegenstehender Bemühungen Geltung zu verschaffen und seine Einhaltung zu überwachen;
2. in Abstimmung mit unseren Verbündeten in der EU für noch stärkere Sanktionen zu werben, die sich gegen Waffen- und Munitionsverkäufe des nordkoreanischen Regimes wenden;
3. in Abstimmung mit unseren Verbündeten geeignete Maßnahmen gegen die Entsendung nordkoreanischer Soldaten zur Mitwirkung am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu ergreifen;
4. für eine stärkere internationale Koordination der Sanktionierung gegen Nordkorea einzutreten und dafür insbesondere die G7 zu nutzen;
5. eine noch stärkere politische Allianz mit Südkorea und Japan zu knüpfen und Nordkorea auch von deutscher Seite zum regelmäßigen Gesprächspunkt mit unseren Verbündeten zu machen, der Initiative der USA, Japan und Südkorea zur Bekämpfung von nordkoreanischen Cyberaktivitäten beizutreten und den Republic of Korea Cyber Dialogue der EU wiederzubeleben und zu verstärken;
6. die südkoreanische Regierung bei ihren Bemühungen unterstützen, Menschenrechtsverbrechen an der nordkoreanischen Bevölkerung zu ermitteln und offenzulegen;
7. die ständige militärische Präsenz unserer US-amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten im Indo-Pazifik im Rahmen der Möglichkeiten und ohne die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr für den Kernauftrag und an der Peripherie des NATO-Bündnisgebietes zu schmälern durch weitere Präsenz der Bundeswehr zu unterstützen und diese Präsenz auch zur Sanktionsüberwachung zu benutzen;

8. im Dialog mit der chinesischen Regierung diese von den Vorteilen einer weitergehenden Einhaltung des VN-Sanktionsregimes gegen Nordkorea zu bewegen;
9. die US-koreanischen Task Forces gegen die nordkoreanische Cyberbedrohung und zur Achtung der Ölsanktionen auf geeignete Art und Weise zu unterstützen;
10. gemeinsam mit like-minded die Einrichtung einer Nachfolge-Organisation für das "The United Nations Panel of Experts established under UN Security Council Resolution 1874" zu prüfen, damit Sanktionsverfehlungen weiter beobachtet und öffentlich festgehalten werden;
11. das deutsche Engagement in der Proliferation Security Initiative und insbesondere ihrer Operation Experts Group noch zu verstärken;
12. in den entsprechenden internationalen Fora Vorschläge für eine bessere Kontrolle der internationalen Schifffahrt einzubringen;
13. den Kapazitätsausbau von Zollbehörden in Drittstaaten als wichtiges außen- und entwicklungspolitisches Instrument zu begreifen und zu verstärken;
14. eine internationale Kampagne zur Ächtung der Arbeiterverschickung durch das nordkoreanische Regime anzustoßen, bei der die entsandten Arbeiter entrechtet und ausgebeutet werden;
15. dem Bundestag einen Bericht zur Abwehr nordkoreanischer illegaler Aktivitäten insbesondere zur Devisenbeschaffung in Deutschland vorzulegen;
16. zusammen mit unseren Verbündeten die Finanzierung eines Nordkorea-Tribunals nach Vorbild des im Dezember 2021 beendeten "Uyghur Tribunal" zu prüfen;
17. innerhalb der EU für eine stärkere Nutzung des horizontalen Menschenrechts-sanktionsregimes gegen nordkoreanische Verantwortliche für Menschenrechtsverbrechen einzutreten;
18. EU-Vorschriften zur Rückverfolgung von Kryptowertetransfers und zur Verhinderung von Geldwäsche schnellstmöglich umzusetzen und ein ausdrückliches gesetzliches Verbot in Bezug auf das Anbieten und das Beziehen von Dienstleistungen sogenannter Krypto-Mixer zu regeln, um vor allem auch die Geschäftsmodelle von kriminellen Hackergruppen wie Lazarus, Kimsuky und BeagleBoyz einzuhegen.

Berlin, den [...]

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion